

# Barei wirbt um Unterstützung

**Kreis Sigmaringen/Berlin** – Nach Bekanntwerden der Standortschlieungen von Sigmaringen und Mengen/Hohentengen und der Reduzierung auf 20 Dienstposten in Meßstetten, sucht der Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Zollernalb-Sigmaringen, Thomas Barei, nach Mitteln und Wege, um möglichst viel für die betroffenen Städte zu erreichen. Dies geht aus einer Pressemitteilung hervor. So hat Barei Bundesbauminister Peter Ramsauer getroffen, um dessen Vorstoß, einen Fonds für die von den Standortschlieungen betroffenen Kommunen zu gründen, ausgiebig zu diskutieren. Dabei ist vorgesehen, dass die Erlöse aus dem Kauf von Grundstücken und Gebäuden der Bundeswehr in einen Fonds fließen sollen, aus dem dann die strukturschwachen Gebiete einen Ausgleich bekommen. Dafür soll ein eigener Finanzierungskreislauf in Gang gesetzt werden. Ramsauer und Barei sind sich einig: „Wir müssen für die Konversion zusätzliche Finanzierungsquellen erschließen, anders lassen sich die Gelder nicht aufbringen“. In der vergangenen Woche hat sich zudem auch die Arbeitsgruppe „Standortzukunft“ gegründet, die aus Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion besteht, welche von den Standortschlieungen betroffen sind. Die Arbeitsgruppe will erreichen, dass alle Städte und Regionen mit einem von Bund und Ländern getragenen Konversionsprogramm die Chance erhalten, an ihrem jeweiligen Standort positive Strukturveränderungen zu entwickeln. Barei setzt sich dabei verstärkt dafür ein, dass die Gründe für die Standortschlieungen transparent gemacht werden und die bergangsszenarien und Zeitschienen für jeden Standort dargelegt werden. „Wichtig ist, dass die Kommunen von Beginn an in das kommende Planungsverfahren eingebunden werden. Dafür benötigen wir auch die Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe, um einen direkten Ansprechpartner zu haben. Unsere Kommunen müssen Planungssicherheit bekommen“, so Barei.